

Parlament
Dr. Karl Renner-Ring 3
1017 Wien

Name/Durchwahl: Mag. Verena Werner / 5003
Geschäftszahl (GZ): BMWFW-14.000/0001-Pers/6/2016
Bei Antwort bitte GZ anführen.

Ersuchen um Stellungnahme zum Inhalt des Volksbegehrens "EU-Austritts-Volksbegehren" (781 d.B.); Stellungnahme des BMWFW

Das Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft beehrt sich, zum Inhalt des "EU-Austritts-Volksbegehren" folgende Stellungnahme abzugeben:

Allgemeines

Primäres Ziel der Schaffung eines gemeinsamen Markts innerhalb der EU war und ist die Steigerung des wirtschaftlichen Wohlstands der Bürger. Diese Erwartung hat der gemeinsame Markt erfüllt.

Eine positive Bilanz zeigt, dass Österreich als kleine, offene Volkswirtschaft im Herzen Europas vom EU-Beitritt und der folgenden Ostöffnung der Europäischen Union besonders profitiert hat. Durch die steigende Internationalisierung ist Österreich unter anderem zum Land der Exporteure geworden. Das schafft und sichert gut bezahlte Arbeitsplätze in Österreich.

Dank des EU-Beitritts konnte in Österreich ein "EU-Bonus" von rund ½ bis 1% mehr Wirtschaftswachstum pro Jahr lukriert werden.¹ In diesem Zeitraum ist nicht nur die Kaufkraft pro Kopf um 47% auf ca. 44.000 Euro gestiegen, auch die Anzahl der Beschäftigten ist um mehr als 15% auf mehr als 3,5 Millionen angewachsen. Mindestens 2% der österreichischen Kaufkraft pro Kopf und Jahr (per 2014) sind allein auf die statischen allokativen Effekte der EU-Mitgliedschaft zurückzuführen; in manchen Sze-

¹ Österreich in der EU - eine Erfolgsgeschichte / Prof. Fritz Breuss, Wirtschaftspolitische Blätter 2/2015

narien steigen diese Gewinne auf bis zu 7%. Nimmt man dynamische Effekte auf Innovations- und Investitionsverhalten hinzu, fallen die Gewinne noch deutlicher aus.²

Österreichs „Nettozahlungen“

Die Bewertung des Nutzens der EU-Mitgliedschaft für Österreich kann nicht darauf reduziert werden, dass man die Rückflüsse von der EU an Österreich von dem österreichischen Bruttobeitrag abzieht. Denn diese „Nettozahlerposition“ berücksichtigt die positiven indirekten Effekte der EU-Mitgliedschaft nicht. In absoluten Zahlen stiegen die Beiträge einiger Mitgliedstaaten 2013 gegenüber 2012 entsprechend ihres Wirtschaftswachstums. Auch Österreichs Bruttobeitrag bzw. Nettobeitrag ist aufgrund der Entwicklung des Wirtschaftswachstums - verglichen mit anderen Mitgliedstaaten - in absoluten Zahlen gestiegen. Gemessen an der wirtschaftlichen Leistungskraft ergibt sich ein ganz anderes Bild der österreichischen „Nettozahler-Position“: Hier liegt der Nettobeitrag Österreichs 2013 ungefähr auf dem Wert von 1997. Österreich steht an 6. Stelle der EU- Nettozahler (ebenso wie Frankreich und Belgien).

Größenordnungen im Vergleich:

- Der Wohlstandsgewinn allein durch den EU-Beitritt beträgt kumuliert 32 Milliarden Euro bis zum Jahr 2015, alle EU-Integrationseffekte zusammen führen zu einem kumulierten Wohlstandsgewinn von 63 Milliarden Euro bis zum Jahr 2015 (Quelle: WIFO 2014).
- Die Österreichische Wirtschaft erspart sich aufgrund des Wegfalls der Binnengrenzen in der EU bereits zwischen 1,7 und 4,3 Milliarden Euro jährlich.
- Österreichs durchschnittlicher „EU –Nettobeitrag“ 0,5 Milliarden Euro (2013: 1,25 Milliarden Euro).³

Die gesamten Rückflüsse an Österreich im Jahr 2013 betragen 1,862 Milliarden Euro. Diese setzen sich im Wesentlichen aus EU-Mitteln unter dem Titel „Natürliche Ressourcen“ (Landwirtschaft) in Höhe von 1,263 Milliarden Euro, für strukturpolitische Maßnahmen in Höhe von 291 Millionen Euro sowie 241 Millionen Euro unter dem Titel „Wettbewerbsfähigkeit“ zusammen.

² 20 Jahre Österreich in der Europäischen Union – Herausforderungen und Optionen für die Zukunft / Studie des ifo Instituts gemeinsam mit dem IAW Tübingen im Auftrag des Bundesministeriums für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft, Mai 2015

³ WKÖ Österreich in der Europäischen Union, 20 Jahre Binnenmarkt

Anstieg österreichischer Investitionen im Ausland

Seit dem EU-Beitritt sind die österreichischen Investitionen im Ausland durch die Expansion heimischer Unternehmen in neue Absatzmärkte stark angestiegen. Der Bestand an österreichischen Direktinvestitionen im Ausland stieg auf 167 Milliarden Euro im Jahr 2013 und fällt zu je rund einem Drittel auf die 14 „alten Mitgliedstaaten“, auf die 13 „neuen Mitgliedstaaten“ und auf den Rest der Welt. Zeitweise flossen fast die Hälfte der jährlichen Direktinvestitionen Österreichs nach Mittel- und Osteuropa.⁴ und ⁵ Österreichische Direktinvestitionen im Ausland spielen gerade für die Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Wirtschaft und somit heimischer Arbeitsplätze eine zentrale Rolle.

Außenwirtschaftliche Auswirkungen der EU-Mitgliedschaft

Die heimischen Gesamtausfuhren haben sich seit dem EU-Beitritt auf knapp 126 Milliarden Euro verdreifacht. Die Exportquote ist von früher 34% auf zuletzt 57,4% gestiegen. Das strukturelle Außenhandelsdefizit hat sich halbiert. Österreich profitiert dabei nicht nur vom offenen Binnenmarkt, sondern auch vom Euro. Damit ist unser Land in eine starke Weltwährung eingebettet und besser gegen Währungsrisiken geschützt, wie sich gerade in der Finanz- und Wirtschaftskrise gezeigt hat. Alle Wirtschaftszweige konnten ihre Exporte in die EU steigern, besonders die wichtigen Bereiche Maschinenbau (+54%), Fahrzeugbau (+88%), Chemie (+80%) und Unternehmensdienstleistungen (+87%). Überdurchschnittliche Zuwächse gab es im Lebensmittelbereich, im Holzsektor und bei Textilien.

Österreich spielt eine große Rolle in den Produktionsnetzwerken internationaler (häufig deutscher) Konzerne und hat dort eine starke Position in wertschöpfungsintensiven Bereichen. Zudem hat Österreich von der Osterweiterung der EU profitiert, weil der Zugang zu günstigen Beschaffungsmärkten die Wettbewerbsfähigkeit auf den internationalen Absatzmärkten deutlich verbessert hat. Dies trug wesentlich zur Sicherung der heimischen Beschäftigung bei.⁶

⁴ Quelle: Österreichische Nationalbank, März 2015

⁵ WKÖ Österreich in der Europäischen Union, 20 Jahre Binnenmarkt

⁶ 20 Jahre Österreich in der Europäischen Union – Herausforderungen und Optionen für die Zukunft / Studie des ifo Instituts gemeinsam mit dem IAW Tübingen im Auftrag des Bundesministeriums für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft, Mai 2015

Beispiel Lebensmittelindustrie

Die Integration in den Binnenmarkt stellte die in Österreich klein strukturierte Lebensmittelindustrie vor große Herausforderungen: Aufgrund des Ausschlusses aus dem Freihandel hatte die Lebensmittelindustrie bis 31. Dezember 1994 zwar einen geschützten Heimmarkt, aber natürlich auch die Produktionskapazität lediglich auf einen Markt von rund acht Millionen möglichen Konsumenten ausgerichtet.

Die Steigerung der Exportquote der österreichischen Lebensmittelindustrie von knapp 17% im Jahr 1995 auf derzeit deutlich über 60% unterstreicht die Ausnahmeleistung dieser Branche. Der Export ist und bleibt Wachstumstreiber und Jobgarant für Österreich als Produktions- und Exportstandort von Lebensmitteln und Getränken. Bereits zwei von insgesamt drei Erzeugnissen der österreichischen Lebensmittelindustrie werden weltweit auf über 180 Exportmärkten abgesetzt. Österreich mauserte sich damit zum Schwergewicht beim Lebensmittel- und Getränke-Export mit Qualität und Genuss in „rot-weiß-rot“. Die Exporte von Erzeugnissen der Lebensmittelindustrie konnten seit dem EU-Beitritt Österreichs (Zollkapitel 1 bis 24) von 1,8 Milliarden Euro (1995) auf 9,7 Milliarden Euro (2014) gesteigert werden.⁷

Auswirkungen der EU-Mitgliedschaft auf den österreichischen Tourismus:

Vor allem der gemeinsame Schengen-Raum seit 1997, die gemeinsame Währung seit 2002 und die Erweiterung der Union im Jahr 2004 haben eine positive Tourismusedwicklung mit stetigen Zuwachsraten in den letzten 20 Jahren ermöglicht. In der Anlage wird als Hintergrund die Broschüre "20 Jahre EU: Österreichischer Tourismus profitiert" inklusive Zahlenmaterial übermittelt.

Weitere Auswirkungen der EU-Mitgliedschaft auf Unternehmen

- Die Umstellung auf einen freien Markt bedeutete für manche Branchen auch Kosten und zusätzlichen administrativen Aufwand. Gerade Betriebe, die früher durch nationale Gesetze geschützt waren, spürten die neue ausländische Konkurrenz. Diese Kosten haben sich aber mehr als amortisiert, denn sämtliche Integrationsschritte ermöglichten in den vergangenen 20 Jahren eine um 63 Milliarden Euro höhere Wertschöpfung für unser Land.^{8 und 9}

⁷ Quellen: Fachverband der Nahrungs- und Genussmittelindustrie, WKO, Statistik Austria, WKÖ Österreich in der Europäischen Union, 20 Jahre Binnenmarkt

⁸ Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung

⁹ WKÖ: 20 Jahre Österreich in der europäischen Union

- Österreichische Unternehmer können ihre Produkte und Dienste auf einem Markt mit 500 Millionen Konsumenten anbieten, ohne sich Gedanken über Zölle, Grenzwarthezeiten, bürokratische Formalitäten an der Grenze oder Auslieferungslager zu machen.¹⁰
- Der freie Marktzugang erhöht das Absatzpotenzial und die Betriebe können kostengünstiger produzieren. Produktionsprozesse werden innerhalb des Binnenmarktes optimiert und dank der grenzüberschreitenden Mobilität von Arbeitskräften und Kapital werden Produktionsfaktoren dort eingesetzt, wo sie die größte Wertschöpfung erzeugen. Die verbesserte Wettbewerbssituation sorgt gleichzeitig für mehr Produktinnovation, mehr Export und damit auch mehr Arbeitsplätze in Österreich.¹¹
- Die einheitliche Währung brachte buchhalterische Vereinfachungen und Kosteneinsparungen. Unsicherheiten durch Wechselkursrisiken verschwanden und Projektabwicklungen wurden wesentlich einfacher.¹²

Auswirkungen der EU-Mitgliedschaft auf den Hochschul- und Forschungsraum

Die rege Teilnahme an EU-Förderprogrammen hat sich nicht nur für die Unternehmen, sondern auch für den Hochschul- und Forschungsraum positiv ausgewirkt. Neben der Spitzenforschung profitieren auch immer mehr junge Menschen von den EU-Mobilitätsinitiativen.

- Die größere Mobilität für Studierende, die durch einen europäischen Hochschulraum erst möglich wird, bringt viele Vorteile mit sich, die unten im Rahmen der Beschreibung von ERASMUS angeführt werden.
- Ein europäischer Hochschulraum, der durch den Bologna-Prozess inzwischen 48 Länder umfasst, bringt für die Hochschulbildung u.a. auch bessere Partnerschafts- und Kooperationsbedingungen mit sich.
- Ohne diese Internationalisierung des Hochschulbereichs würde Europa als Ganzes und jedes einzelne europäische Land für sich im globalen Ausbildungswettbewerb zurückfallen, mit den entsprechenden negativen Folgen für den Arbeitsmarkt, die Wirtschaft und den Lebensstandard der Menschen.

¹⁰ WKÖ: 20 Jahre Österreich in der europäischen Union.

¹¹ WKÖ: 20 Jahre Österreich in der europäischen Union

¹² WKÖ: 20 Jahre Österreich in der europäischen Union

Österreich nimmt seit dem Studienjahr 1992/93 erfolgreich am ERASMUS-Programm teil. Seitdem waren mehr als 80.000 aus Österreich hinausgehende Studierende mit ERASMUS mobil und haben von einem Auslandsaufenthalt in vielfältiger Weise profitiert. So können im Rahmen einer Auslandsmobilität nicht nur wertvolle akademische Fähigkeiten gewonnen werden, sondern auch andere für die Beschäftigungsfähigkeit wichtige „Skills“ wie Problemlösungskompetenzen, die Fähigkeit des globalen vernetzten Denkens und nicht zuletzt erweiterte Fremdsprachenkenntnisse.

Mobilität fördert zudem die Fähigkeit im Umgang mit anderen Kulturen, begünstigt den Respekt vor der Vielfalt und trägt somit zu einem respektvollen und friedvollen Miteinander bei.

Wie schon in den Vorläuferprogrammen stellt das EU-Programm Erasmus+ (2014-2020) für österreichische Hochschuleinrichtungen einen wahren Mehrwert dar, denn das Programm fördert die Internationalisierung der heimischen Hochschulen und ihrer Studierenden und ist ein aktiver Beitrag zur Qualitätssicherung. Programme wie Erasmus+ wecken Potenzial und bilden eine gute Basis für künftige internationale Karrieren in Wissenschaft und Forschung.

Zahlreiche neue Chancen eröffnen auch jene EU-Innovationsförderungen, die über das Programm Horizon 2020 verfügbar sind.

Mobilität ist einer der wichtigsten Eckpfeiler der Internationalisierung und ist besonders wichtig, um Österreich als Wissenschafts-, Forschungs- und Innovationsstandort international stärker zu verankern.

Unternehmensspezifische Auswirkungen eines Austritts Österreichs aus der EU¹³

Die Konsequenzen eines solchen Schrittes lassen sich in Ihrer Gesamtheit kaum vorhersehen. Die wirtschaftliche Isolation Österreichs und der Wegfall des Mitbestimmungsrechtes auf EU-Ebene wären mit Sicherheit eine große Gefahr für ein außenhandelsorientiertes Land wie Österreich (6 von 10 Euro werden im Ausland erwirtschaftet, ca. 70% des österreichischen Außenhandels erfolgen mit Ländern der heutigen EU).

¹³ WKÖ Österreich in der Europäischen Union, 20 Jahre Binnenmarkt

Hier nur einige Konsequenzen:

- Schwächung des Investitions- und Wirtschaftsstandortes Österreich: Die Attraktivität des Wirtschaftsstandorts Österreich als „Drehscheibe“ zwischen West und Ost und auch als Standort für Headquarters internationaler Unternehmen würde massiv sinken. Dass damit der Verlust von Finanzmitteln und Arbeitsplätzen in Österreich einherginge, liegt auf der Hand.
- Im Bereich des Warenverkehrs müssten Grenzkontrollen wieder eingeführt werden. Wie es die österreichischen Unternehmen vor 1995 in leidvoller Erinnerung haben, würden längst vergessene Szenarien wieder aufleben: LKW-Staus an Grenzen, 12-16 Stunden Wartezeit, Kontrolle der bis zu 17 verschiedenen Warenbegleitpapiere (Zolldokumente, Ursprungsbescheinigungen, phytosanitäre Kontrollen, Statistik, etc.). Es bestünde wieder die Notwendigkeit, Auslieferungslager innerhalb der EU einzurichten, um „Just-in Time“ liefern zu können. Die mit einem „Dichtmachen“ der Grenzen für die österreichische Wirtschaft verbundenen Kosten betrügen ca. 1,7 - 4,3 Milliarden Euro jährlich. Das ist ein Vielfaches des heutigen sogenannten „Nettobeitrages“ an die EU, wobei der Verlust an Wettbewerbsfähigkeit noch gar nicht eingerechnet ist!


Fazit

Die im Volksbegehren angebrachte Kritik hinsichtlich Abwärtsbewegung Österreichs insbesondere in den Bereichen der Beschäftigung und Wirtschaftsleistung und die damit als Ursache identifizierte EU-Mitgliedschaft Österreichs mit einer verzerrenden Darstellung entbehrt offensichtlich einer fundierten Prüfung der Tatsachen.

Österreich profitiert von seiner EU-Mitgliedschaft nachhaltig.

Anlage

Mit freundlichen Grüßen
Wien, am 14.01.2016
Für den Bundesminister:
Mag.iur. Georg Konetzky

	Unterzeichner	Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft
	Datum/Zeit	2016-01-15T09:23:36+01:00
	Aussteller-Zertifikat	CN=a-sign-corporate-light-02,OU=a-sign-corporate-light-02,O=A-Trust Ges. f. Sicherheitssysteme im elektr. Datenverkehr GmbH,C=AT
	Serien-Nr.	1184203
	Hinweis	Dieses Dokument wurde amtssigniert.
	Prüfinformation	Informationen zur Prüfung der elektronischen Signatur finden Sie unter: https://www.signaturpruefung.gv.at/ . Die Bildmarke und Hinweise zur Verifikation eines Papierausdrucks sind auf https://www.bmfwf.gv.at/amtssignatur oder http://www.help.gv.at/ veröffentlicht.
Signaturwert	v2VMdjOLBH2Dgk2RIS0k4XGxB9Ac7GYGnLgaFTlLpA76aqfHBVi3T0H8syVt8cHbm0Xd5HFsvmweA6gr2vT6jSBXlhOL1M2HhD5wxZ5L11raSiRTFohX3yYz/qdW7+mYhzbmNdgI5+ug50hqXzZ1Gzj5fBdO4HxCJUEu3bGl0WjTV9D2q57RshpPbBeRWbEz9P4pLV7Feo6S8EhwuLGRAFB503dTArUp8pyP5R+dirIAP8Y9s1dx2826sLTXJMB3isC4I67G9nq0Ch4rGmeUFImCMVJikSvZzEd6OTsF19zMkZ1nMxCd/ZXC606YW4CJiLVbBMXlaPvbQgi3tat==	

20 Jahre EU

Österreichischer Tourismus profitiert



1952

1973

1981

1986

1995

2004

2007

2013

Kandidatenländer und potenzielle Kandidatenländer

1995 Österreich wird Teil des gemeinsamen EU Raums

- Seit 1995 ist Österreich Teil eines gemeinsamen Wirtschaftsraums mit nunmehr 500 Millionen Menschen; der freie Verkehr von Personen, Waren, Dienstleistungen und Kapital ermöglicht es, EU-weit wirtschaftlich tätig zu sein und macht Österreichs Tourismus zu einem Gewinner der europäischen Integration. EU Bürger schätzen Österreich als Urlaubdestination, rund 85 % unserer ausländischen Gäste stammen aus der EU.

1997 Schengen Abkommen öffnet Grenzen

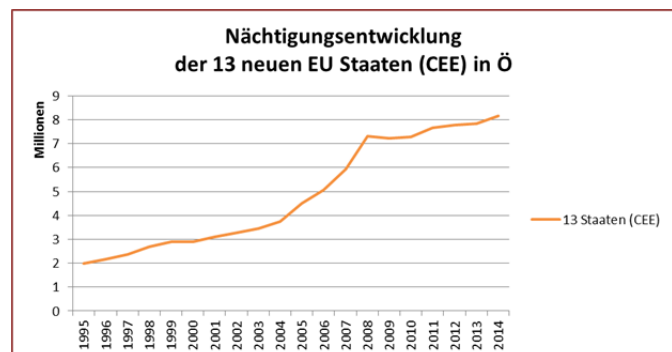
- Für den Großteil der ausländischen Gäste öffnet Schengen die Grenzen; lästige Grenzkontrollen und lange Grenzwarzeiten fallen weg; der Erholungsfaktor wird gesteigert - natürlich auch für Österreicher, die ihren Urlaub im Schengen-Raum verbringen.
- Für Gäste aus Drittstaaten wird das Reisen im gemeinsamen Schengen-Raum durch ein einheitliches Visa-Regime erleichtert und so die Attraktivität Europas als Destination gesteigert.
- Schengen steht auch für einen gemeinsamen europäischen Sicherheitsraum.

2002 Euro bringt Vereinfachungen und Preistransparenz

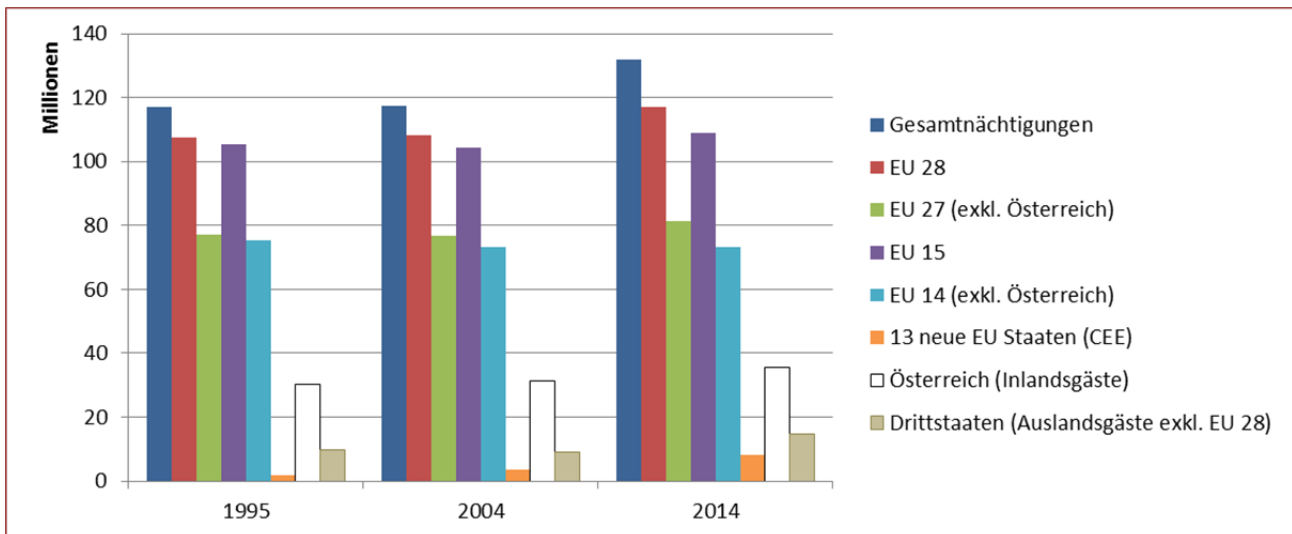
- Die Kosten und Mühen des Geldwechsels bei Reisen entfallen; es gibt massive Kostensenkungen im europäischen Zahlungsverkehr; Währungsspekulationen werden durch den Euroraum abgefedert; Wechselkursrisiken entfallen; die Preise sind stabiler - die Inflation geringer; auch bei der Beschaffung wirkt sich dies positiv auf die Betriebe aus.
- Durch den Euro entsteht eine sehr große Preistransparenz, die durch die Nutzung der Informations- und Kommunikationstechnologien und den direkten Zugriff der Touristen auf Millionen von Angeboten weltweit noch verstärkt wird; der internationale Wettbewerb nimmt zu.

ab 2004 - die EU Erweiterung öffnet neue Märkte

- Der Beitritt von 13 ost- und südosteuropäischen Ländern seit 2004 rückt Österreich von einer Randlage in die Mitte Europas; die unmittelbare Nachbarschaft vieler dieser Staaten und die gute Erreichbarkeit österreichischer Destinationen wirkt sich positiv auf den Tourismus aus.
- Ost- und Südosteuropa ist für viele österreichische Regionen ein touristischer Wachstumsmarkt geworden; die Nächtigungen entwickeln sich überdurchschnittlich.
- Bereits von 1995 bis 2004 steigerten sich die Nächtigungen von rund 2 Mio. auf 3,7 Mio.; die Erweiterung ab 2004 brachte nochmals Zuwachsraten im zweistelligen Bereich; im Jahr 2014 wurden rund 8,1 Mio. Nächtigungen aus den 13 neuen EU Mitgliedstaaten erreicht; seit 1995 gab es insgesamt einen Anstieg von rund 310,6 %.



Nächtigungsentwicklung in Österreich seit 1995



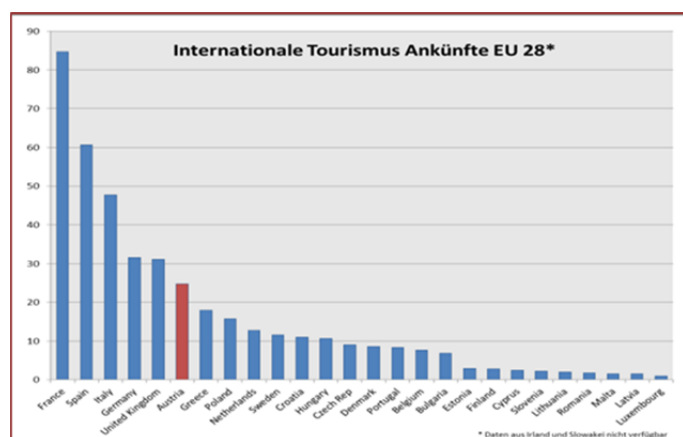
- Die gesamten Nächtigungen betragen im EU Beitrittsjahr 1995 rund 117,1 Mio., 2014 waren es mehr als 131,9 Mio.; dies bedeutet einen Anstieg von 12,6 %.
- Gingen die Nächtigungen in Österreich in den Jahren vor dem Beitritt und in den beiden Jahren danach noch zurück, konnten seit 1998 mit wenigen Ausnahmen stetige Zuwachsraten erreicht werden. Das in Kraft treten des Schengen Abkommens 1997, die Einführung des Euro 2002 und die Erweiterung ab 2004 waren maßgebliche Faktoren.
- Die Entwicklung der Nächtigungen von Gästen aus den "alten" EU Staaten (EU-14 - ohne Inlandstourismus) zeigt seit 1995 einen Rückgang von rund -2,8%. Dieser konnte durch die Zuwächse aus den 13 neuen Mitgliedstaaten (+310,6 % seit 1995) kompensiert werden; die EU-27 (ohne Inlandstourismus) erreichten dadurch einen Zuwachs von +5,3%.
- Der Inlandstourismus entwickelte sich seit 1995 mit +18,4% sehr erfreulich. Insgesamt erreichte Österreich aus allen EU-28 Staaten somit eine Steigerung von fast +9%.
- Ein etwas anderes Bild zeigt sich bei der Anzahl der Ankünfte in Österreich. Diese konnten seit dem Beitrittsjahr 1995 von rund 24,2 Mio. auf mehr als 37,5 Mio. im Jahr 2014 gesteigert werden (+ 55,4 %).

Position Österreichs innerhalb der EU

Österreich rangiert auf Platz sechs bei den internationalen Ankünften in den EU-28 hinter den großen Ländern Frankreich, Spanien, Italien, Deutschland und dem Vereinigten Königreich.

40% aller weltweit Reisenden kommen in die EU-28 (nach Österreich 2,3%).

Im Bereich Tourismusintensität (Übernachtungen pro Kopf) und pro Kopf Tourismuseinnahmen liegt Österreich auf dem dritten Platz hinter Malta und Zypern.



Räume wachsen zusammen - EU fördert grenzüberschreitende Kooperation und Wissensaustausch

- Die Lage Österreichs im Zentrum Europas ermöglicht vielen österreichischen Regionen ihr Angebot grenzüberschreitend zu gestalten. Die EU bietet eine Reihe von Kooperations- und Finanzierungsmöglichkeiten: vor allem die Programme zur Europäischen Territorialen Zusammenarbeit mit den Nachbarstaaten, die makroregionalen Strategien für den Donau- und den Alpenraum oder Initiativen im Bereich der Kultur (z.B. die Routen des Europarates). Auch Initiativen wie die Kulturhauptstädte (Graz 2003; Linz 2009) wirken sich positiv auf die Tourismusentwicklung aus.
- Studien, Analysen und Daten der Europäischen Kommission und von Eurostat informieren über europaweite Entwicklungen und geben Orientierung für strategische Entscheidungen.
- Die Europäische Kommission rückt wichtige Zukunftsthemen wie Digitalisierung, Saisonverlängerung, Nachhaltigkeit oder Erreichbarkeit in den Fokus.
- Das Reisen innerhalb der EU trägt zur Bildung der europäischen Identität der Bürger bei.

Regionen werden unterstützt

- Österreich erhält Zugang zu europäischen Förderungstöpfen (EU-Fonds). Seither sind beträchtliche zusätzliche Mittel in die Bereiche Regional- und Standortentwicklung, Arbeitsmarkt, ländliche Entwicklung und Umwelt geflossen.
- Während die EFRE-Strukturfondsförderungen innerösterreichisch eine Fokussierung auf eine wirtschafts- und innovationsorientierte Politik mit sich bringen, tragen die Programme der territorialen Kooperation (INTERREG) wesentlich dazu bei, dass verstärkt über nationale Grenzen hinweg und in großräumigerer Sicht gedacht und gehandelt wird. In der EU-Agrarpolitik erfolgt eine verstärkte Orientierung weg von der Marktordnung hin zur ländlichen Entwicklung und zur Förderung der Diversifizierung des ländlichen Raums (LEADER).
- Der heimische Tourismus profitiert von zusätzlichen Förderungsmitteln vor allem aus den Strukturfondsprogrammen und dem Programm der ländlichen Entwicklung.

Verbraucherrechte werden gestärkt

- Die Rechte der Konsumenten werden erweitert und vereinheitlicht, dies birgt auch Herausforderungen für die Tourismuswirtschaft (z.B. Pauschalreise, Verbraucherrechte, Passagierrechte). Wichtig ist ein ausgewogenes Verhältnis zwischen berechtigten Interessen des Verbraucherschutzes und Vermeidung von Belastungen für die kleinstrukturierte Tourismuswirtschaft.

Mobilität bei Ausbildung und Arbeit

- Die Personenfreizügigkeit bietet den EU Bürgern neben dem Reisen die Möglichkeit in anderen Ländern zu arbeiten und zu lernen. Menschen im Tourismus können Erfahrungen im Ausland sammeln und Unternehmen aus einem größeren Pool von Arbeitskräften schöpfen.

EU Rechtsgrundlage: Seit in Kraft treten des Vertrags von Lissabon im Dezember 2009 hat die EU die Kompetenz im Bereich Tourismus die Maßnahmen der Mitgliedstaaten zu unterstützen, zu koordinieren oder zu ergänzen - unter Ausschluss der Harmonisierung von Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten.

IMPRESSUM

Herausgeber/Druck: Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft, Stubenring 1, 1010 Wien, www.bmwfw.gv.at
Für den Inhalt verantwortlich: Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft, Abteilung für Internationale Tourismusangelegenheiten

Nächtigungsentwicklung in Österreich seit EU Beitritt 1995

Herkunftsmärkte	1995	2004	2014
Gesamtnächtigungen	117.114.518	117.251.054	131.900.739
Wachstumsrate (in % zur Vorperiode)		0,12	12,49
Wachstumsrate (in % zu 1995)		0,12	12,63
EU 28	107.371.527	108.176.848	117.008.145
Wachstumsrate (in % zur Vorperiode)		0,75	8,16
Wachstumsrate (in % zu 1995)		0,75	8,98
EU 27 (exkl. Österreich)	77.248.465	76.847.433	81.340.433
Wachstumsrate (in % zur Vorperiode)		-0,52	5,85
Wachstumsrate (in % zu 1995)		-0,52	5,30
EU 15	105.386.971	104.434.006	108.859.429
Wachstumsrate (in % zur Vorperiode)		-0,90	4,24
Wachstumsrate (in % zu 1995)		-0,90	3,29
EU 14 (exkl. Österreich)	75.263.909	73.104.591	73.191.717
Wachstumsrate (in % zur Vorperiode)		-2,87	0,12
Wachstumsrate (in % zu 1995)		-2,87	-2,75
13 neue EU Staaten (CEE)	1.984.556	3.742.842	8.148.716
Wachstumsrate (in % zur Vorperiode)		88,60	117,71
Wachstumsrate (in % zu 1995)		88,60	310,61
Österreich (Inlandsgäste)	30.123.062	31.329.415	35.667.712
Wachstumsrate (in % zur Vorperiode)		4,00	13,85
Wachstumsrate (in % zu 1995)		4,00	18,41
Drittstaaten (Auslandsgäste exkl. EU 28)	9.742.991	9.074.206	14.892.594
Wachstumsrate (in % zur Vorperiode)		-6,86	64,12
Wachstumsrate (in % zu 1995)		-6,86	52,85

EU Beitrittsrunden

1952: Belgien, Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg, Niederlande

1973: Dänemark, Irland, Vereinigtes Königreich

1981: Griechenland

1986: Portugal, Spanien

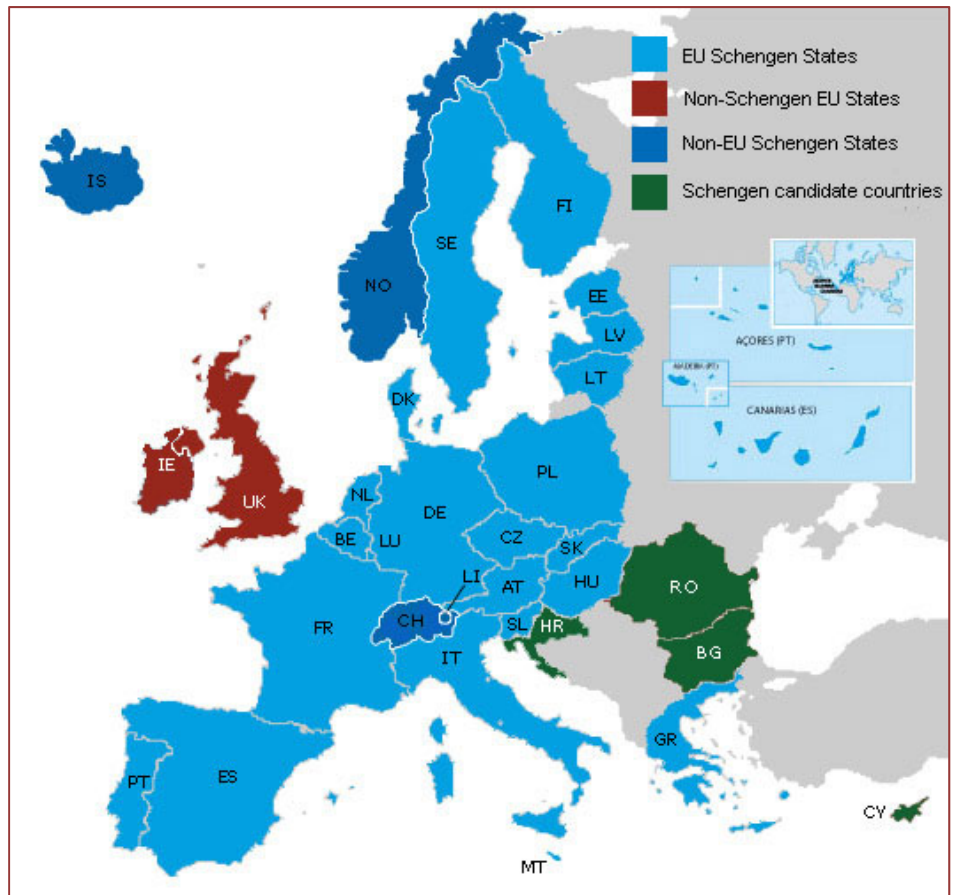
1995: Finnland, Österreich, Schweden

2004: Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Tschechien, Slowakei, Slowenien, Ungarn,
Zypern

2007: Bulgarien, Rumänien

2013: Kroatien

Schengenraum



Euroraum

